

# ARTHUR SCHULZ · AGRARTHEORETISCHE UND AGRARPOLITISCHE WANDLUNGEN IN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE

**I**NSERE preußische Landtagsfraktion wird demnächst zu einer von der Regierung eingebrachten Kolonisationsvorlage Stellung zu nehmen haben, durch die im Anleiheweg 25 Millionen Mark hauptsächlich zum Zweck der Übernahme von Stammanteilen der gemeinnützigen Siedelungsgesellschaften und der Urbarmachung der ostfriesischen staatseigenen Moore zur Verfügung gestellt werden sollen. Bisher waren unsere Vertreter im preußischen Abgeordnetenhaus in Übereinstimmung mit der Mehrheit der preußischen Sozialdemokratie wenig geneigt staatlichen Aufwendungen zum Zweck der Begründung neuen landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbesitzes ihre Zustimmung zu geben. Sie wurden dabei von der Überzeugung geleitet, daß der Großbetrieb auch in der Landwirtschaft die rationellste Produktionsform ist, und daß es unser Ziel sein muß ihn zu vergesellschaften, nicht aber ihn in vermeintlich technisch rückständigere und politisch und kulturell unerwünschte kleinere Produktionseinheiten aufzuteilen. Diese Auffassung, die erst vor wenigen Wochen vom Genossen Hofer auf dem preußischen Parteitag unter lebhaftem Beifall vertreten und auch von einem Mitglied unserer Landtagsfraktion, dem Genossen Ströbel, in seinem kürzlich in der Parteiwochenschrift veröffentlichten Artikel über den Preußentag stark unterstrichen wurde, entspricht jedoch einem überwundenen Stadium unserer Landwirtschafts- und unserer Parteientwicklung und sollte endlich auch in Preußen aufgegeben werden, nachdem sie ihre frühere partielle Berechtigung längst eingebüßt hat.

Ökonomisches und sozialpolitisches Ideal der jungen sozialdemokratischen Industriearbeiterbewegung mußte die Ausbreitung des mit allen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik ausgerüsteten Großbetriebs über den ganzen Bereich der Güterproduktion werden. Der aufgeklärte deutsche Industriearbeiter der sechziger und siebziger Jahre sah die Produktivkraft der gewerblichen Arbeit sich in den Fabriken märchenhaft entfalten und den von ihm bedienten Mechanismus der Maschinen die mannigfaltigsten Erzeugnisse so massenhaft und billig auf den Markt speien, daß ganze Zweige des alten Handwerkerstands vor der überlegenen Konkurrenz der neuen Großbetriebe die Waffen zu strecken und ins Proletariat herabzusinken schienen. Und allen augenblicklichen Verelendungstendenzen zum Trotz bejahte er die ins Große gehende Entwicklung mit freudigem Zukunftsoptimismus, weil sie ihm die künftige Größe, Macht und Herrschaft seiner Klasse zu verbürgen schien. Die gleichen Begriffe und Gefühle brachte er begreiflicherweise der ihm oft nur ganz oberflächlich bekannten Landwirtschaft entgegen. Hatte doch auch Karl Marx, dessen nationalökonomisches Hauptwerk immer mehr die Bibel der fortgeschrittensten deutschen Industriearbeiter wurde, in England die Landwirtschaft lediglich als eine Art Industrie betrachten gelernt, die nach seiner Ansicht zwar einige Besonderheiten aufwies, im großen und ganzen aber durchaus den gleichen Gesetzmäßigkeiten unterworfen war. Mit dem Sieg des Marxismus setzte sich

auf den Kongressen der *Internationalen Arbeiterassoziation* und auf dem Stuttgarter Kongreß der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei auch die Marx'sche Auffassung vom Wesen und von der Entwicklung der Landwirtschaft siegreich durch. Ihren reinsten Ausdruck fand sie 1870 in der Stuttgarter Resolution über die Grund- und Bodenfrage, die fast ein Vierteljahrhundert hindurch das ziemlich unbestrittene agrartheoretische Glaubensbekenntnis und agrarpolitische Programm der deutschen Sozialdemokratie blieb.<sup>1)</sup> Obwohl ihre Lehrsätze nicht völlig aus der Luft gegriffen waren<sup>2)</sup>, waren sie doch, wie wir heute klar sehen, weniger objektive Konstatierungen vorhandener Entwicklungstendenzen als vielmehr subjektiver Ausdruck des ureigensten Denkens, Fühlens und Wollens der jungen Industriearbeiterklasse.

Der mühsam lange Weg von schwungvoller Verkündung des Ideals einer sozialistischen Zukunftslandwirtschaft bis zur sachlich nüchternen Mitarbeit an der jeweils bestmöglichen Weiterbildung der agraren Wirklichkeit wurde zuerst, und zwar in erstaunlich raschem Tempo, in Bayern zurückgelegt. Im Jahr 1883 war Georg von Vollmar in seine bayrische Heimat zurückgekehrt und 1893 in den bayrischen Landtag gewählt worden. Der regen und erfolgreichen Landagitation, die er schon vorher unter den altbayrischen Bauern betrieben hatte, trat von diesem Zeitpunkt an eine eifrige und von großen Gesichtspunkten getragene parlamentarische Betätigung besonders auch auf agrarpolischem Gebiet zur Seite. Die theoretische Begründung der Prinzipien, die seine und seiner Fraktionskollegen praktische Mitwirkung an der bayrischen Agrargesetzgebung beherrschten, gab von Vollmar 1894 in seinen Referaten auf dem Frankfurter Parteitag der deutschen und dem Münchener Parteitag der bayrischen Sozialdemokratie. Sie zeigten eine weitgehende Abkehr von den Lehren und Idealen, die bis dahin in der Sozialdemokratie allein bestanden, und gipfelten in einem Programm der Hebung der Landeskultur und des Schutzes der Bauern vor Enteignung und Ausbeutung durch das Kapital, das sich ihnen, anders als in der Industrie, von außen in der Gestalt des Hypothekengläubigers, besonders der Hypothekenbanken nahe. Anfänglichen Widerständen in Parteikreisen der bayrischen Großstädte zum Trotz<sup>3)</sup> und nach einigen Rückschlägen in der Zeit

<sup>1)</sup> Die Stuttgarter Resolution behauptet in ihrem theoretischen Teil, »daß die Erfordernisse der Produktion wie die Anwendung der Gesetze der Agronomie . . . den Großbetrieb im Ackerbau erheischen und, ähnlich wie in der modernen Industrie, die Einführung von Maschinen und die Organisation der ländlichen Arbeitskraft notwendig machen; daß im allgemeinen die moderne ökonomische Entwicklung den Großbetrieb im Ackerbau erstrebt; daß demgemäß bei dem Ackerbau wie bei der Großindustrie die allmähliche Verdrängung der kleinen und mittleren Eigentümer durch die Großgrundbesitzer vor sich geht und das Elend und das Abhängigkeitsverhältnis der weitaus größten Mehrzahl der Ackerbauerbevölkerung zugunsten einer kleinen Minorität stetig zunimmt.«

<sup>2)</sup> Selbst ein so unterrichteter Agrarpolitiker wie von Miaskowski glaubte noch 1883 auf der einen Seite die Zerbröckelung des mittlern bäuerlichen Besitzes in Kleinbauern- und Häuslerstellen und auf der andern Seite seine Aufaugung durch den Großgrundbesitz feststellen zu können; siehe seine *Agrarpolitischen Zeit- und Streitfragen* / Leipzig 1889 /, pag. 62 ff.

<sup>3)</sup> Auf dem Breslauer Parteitag / 1895 / waren von 9 bayrischen Delegierten nur 2 sichere Anhänger der Agrarkommission. 3 stimmten sogar für die Resolution Kautsky, die den Agrarprogrammewurf in den Orkus schleuderte. Wie fest damals noch die alten Dogmen in den bayrischen Großstädten geglaubt wurden zeigt sich darin, daß auf dem Breslauer Parteitag die Vertreter von Nürnberg und München, Oertel und Adolf Müller in ganz agrarmarxistischen Gedankengängen gegen den im Vergleich zu von Vollmars süddeutschem Entwurf bereits sehr abgeschwächten Programmewurf der Agrarkommission polemisierten. Adolf Müller sprach kurzweg von den »verelendeten Bauern in Süddeutschland, am Rhein, in Elsaß-Lothringen«. Und der Nürnberger Parteiführer Oertel argumentierte: »Die ganze Frage läuft auf die Konkurrenzfähigkeit des Bauerntums heraus, und da wissen wir doch ganz genau, daß wir ihm die Konkurrenzfähigkeit durch alle möglichen Reformen nicht retten oder verschaffen können.«

der Zolltarifkämpfe ist von Vollmars bauernfreundliche Agrarpolitik in der bayrischen Sozialdemokratie siegreich durchgedrungen und nun schon zu einer gefestigten und unbestrittenen Parteitraktion geworden. Seit einiger Zeit ist sie in ein neues Stadium ihrer Entwicklung getreten. Einmal wegen des äußern Umstands, daß der bayrische Parteivorstand seit 4 Jahren die vom Genossen Geisler in ihrem Sinn redigierte Agitationszeitschrift *Bayrisches Wochenblatt* für die ländliche und speziell für die bäuerliche Bevölkerung herausgibt. Vor allem aber aus dem tiefern Grund, daß seit Beginn der durch einige ungünstige Erntejahre und durch Seuchen verschärften Viehknappheit und Fleischteuerung das Hauptmotiv der Bauernschutz- und -förderungs politik der bayrischen Sozialdemokratie ein anderes geworden ist. Früher wollte man den bedrängten Bauern schützen, um ihn für die Partei zu gewinnen und damit das damals noch leichte politische Gewicht der bayrischen Industriearbeiterschaft, die sich in jenen Jahren bei weitem in der Minorität befand, zu erhöhen. Heute ist man zwar gleichfalls erfolgreich bestrebt die industrieproletarische Anhängerschaft, die inzwischen erheblich gewachsen ist, durch Wählerstimmen aus der bäuerlichen Bevölkerung zu verstärken, sucht aber die kleinen und mittleren Bauern weniger zu Parteizwecken, mit politisch agitatorischer Absicht und mehr im wirtschaftlichen Konsumenteninteresse der gewerblichen Arbeiterschaft als die leistungsfähigsten Produzenten von Fleisch, Milch und anderen tierischen Erzeugnissen zu erhalten, zu fördern und zu vermehren. Da unsere preußische Landtagsfraktion und überhaupt die preußische Sozialdemokratie, wie wieder ihr letzter Parteitag zeigte, erst in den Anfangsstadien der agrartheoretischen und agrarpolitischen Entwicklung steckt, die die bayrische Partei in ihrer 30jährigen Landagitation und die bayrische Fraktion in ihrer 20jährigen Parlamentsarbeit zurückgelegt haben, scheint es mir besonders für preußische Parteigenossen lehrreich und nützlich zu sein einmal die Hauptgründe kurz darzulegen, die die bayrische Sozialdemokratie veranlaßt haben einen agrarpolitischen Kurs einzuschlagen und beharrlich zu verfolgen, der von den Ansichten der ersten Generation deutscher Sozialdemokraten so weit abweicht.



IE erste Ursache dieser tiefgehenden Wandlung scheint mir darin zu liegen, daß der Marxschen Sozialtheorie selber infolge ihres realistischen Charakters in hohem Maß die Fähigkeit zur Selbstkorrektur innewohnt. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hat nach der von ihr akzeptierten Marxschen Sozialtheorie nicht Utopieen zu verwirklichen sondern der immanenten Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsordnung freie Bahn zu schaffen. Diese Weiterentwicklung ging nun aber wesentlich anders vor sich als Marx und seine ersten Anhänger es sich gedacht hatten. Die jüngere Generation deutscher Sozialisten mußte sich mit gewissen Grenzen der großbetrieblichen Entwicklung verschiedener Industrien abfinden lernen. Und nun erst die Landwirtschaft: Hier versagten die vermeintlichen technischen Triebkräfte der Betriebskonzentration ganz. Der Dampf pflug, auf den die ersten Marxisten ihre Hoffnungen gesetzt hatten, wurde im ganzen Königreich Bayern 1895 in 33 und 1907 gar nur in 32 Betrieben verwendet und zeigte sich völlig außerstande Spaten und Gespannpflug zu überwinden und die Betriebs- und Besitzver-

hältnisse in der Landwirtschaft umzuwälzen. Auch die Elektrizität, der spätere Agrar marxisten, allen voran Genosse K. Kautsky, Ende der neunziger Jahre die Rolle des Revolutionärs der Agrikultur zugedacht hatten, enttäuschte gründlich und erwies sich als äußerst anpassungsfähig an die Verhältnisse der Bauernwirtschaft. Wurden doch 1907 in Bayern nur 27 Elektromotore in Großbetrieben, dagegen 140 in kleinbäuerlichen und 661 in mittelbäuerlichen Wirtschaften gezählt. Vor allem aber stellte sich der Viehstand des Bauern als ein sehr modernes und produktives Arbeitsmittel heraus. Die bescheidene soziale Umwälzungskraft der landwirtschaftlichen Maschinen, die besondere Eignung der Viehzucht für die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, die große Bedeutung der Eigenarbeit für deren Produktivität und Rentabilität hatte Genosse von Vollmar, der Partei seiner Zeit weit voraus, schon 1894 klar erkannt. Auf dem Frankfurter Parteitag /1894/ wies er darauf hin, daß sich die landwirtschaftliche Entwicklung »doch nicht so vollzogen habe wie sie früher von den Sozialisten vorausgesagt wurde, die eine rapide Aufsaugung der Kleinen zugunsten der Großen annahm, deren rationelle Wirtschaft alsbald dominieren werde«. Die Ansicht »nicht weniger Agrarpolitiker«, der Großbetrieb in der Landwirtschaft sei nur bei extensivem Betrieb überlegen, bei zunehmender Intensität der Bewirtschaftung gehe aber die wirtschaftliche Entwicklung auf eine Verkleinerung der Betriebe, machte sich von Vollmar zwar nicht ausdrücklich zu eigen; seine Zuhörer waren aber schwerlich darüber im Zweifel, daß er sie in der Tat teilte. Die Betriebszählungen von 1895 und 1907 haben seine Ansicht auch für Bayern glänzend bestätigt, wie folgende Tabelle ergibt:

Größenklasse (in Hektar)	Zahl der Betriebe				Landwirtschaftlich benutzte Fläche (in Hektar)				Von je 100 Hektar der landwirtschaftlich benutzten Fläche treffen auf nebenstehende Größenklassen		
	Mehring (+)		Minderung (-)		Mehring (+)		Minderung (-)				
	1882 bis 1895 absolut (in Hektar)	relativ (in %)	1895 bis 1907 absolut (in Hektar)	relativ (in %)	1882 bis 1895 absolut (in Hektar)	relativ (in %)	1895 bis 1907 absolut (in Hektar)	relativ (in %)	1882	1895	1907
unter 2	- 25768	- 9,8	+ 5067	+ 2,1	- 18394	- 9,4	- 10343	- 5,8	4,5	4,1	3,9
2 bis 5	- 21	- 0,01	- 2977	- 1,8	+ 4084	+ 0,7	- 5623	- 1,0	12,8	12,7	12,9
5 bis 20	+ 9013	+ 4,3	+ 7641	+ 3,5	+ 77879	+ 3,8	+ 61091	+ 2,8	48,1	49,5	52,2
20 bis 100	- 987	- 2,2	- 3519	- 8,0	- 41539	- 3,0	- 129253	- 9,6	32,3	31,1	28,8
über 100	+ 27	+ 4,6	- 86	- 13,8	+ 14131	+ 14,5	- 18212	- 16,3	2,3	2,6	2,2

Die Entwicklung der bayrischen Landwirtschaft ist also durch eine entschiedene Zunahme des mittelbäuerlichen Betriebs an Zahl und Fläche und durch eine ebenso entschiedene Abnahme der großbäuerlichen Betriebe und seit 1895 auch der Großbetriebe charakterisiert.<sup>4)</sup> Daneben zeigen die Be-

<sup>4)</sup> Anders interpretiert Genosse Schmidt (Würzburg) in seinem Artikel *Ist der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Großbetrieb überlegen?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 101 ff., die landwirtschaftliche Betriebsstatistik Bayerns. Er meint, von 1895 bis 1907 sei die Anzahl der Betriebe beinahe in allen Größenklassen gestiegen, und behauptet, es lasse sich keine klare Tendenz erkennen. Allein die Steigerung der Parzellenbetriebe 1907 gegenüber 1895 um 5067 ist zum Teil nur formal statistischer Natur und wird durch einen Rückgang ihrer Gesamtfläche um 10 343 Hektar oder um 5,8 % aufgewogen. Einen wirklichen Fortschritt zeigte auch 1907 allein der mittelbäuerliche Betrieb. Er nahm um 7641 an Zahl und um 61 091 an Fläche zu. Es ist also auch in Bayern, wie überall in Deutschland, der bäuerliche Familienbetrieb im Vordringen begriffen, und zwar schon seit 1882 und ohne alles Schwanken. Nicht eine Ausnahme sondern nur eine Bestätigung dieser Regel bedeutet es, daß in Baden, wie Genosse Schmidt bemerkt, die Betriebsgrößenklasse 5 bis 20 Hektar eine geringe Verminderung, allerdings nur um 85, aufweist. In dem viel intensiver als das rechtsrheinische Bayern, besonders Südbayern, bewirtschafteten Baden liegt eben die Grenze des Familienbetriebs tiefer. Sein Vordringen zeigt sich daher in Baden in der starken Zunahme der Kleinbetriebe und der größeren Parzellenbetriebe seit 1882.

triebe von 2 bis 5 Hektar einen geringfügigen Rückgang. Die mittleren Bauernwirtschaften umfaßten infolge ihres konstanten Wachstums 1907 schon 33,5 % aller Betriebe und 52,2 % der gesamten Kulturfläche. Ferner ist das starke Vorwiegen der Eigenwirtschaft für die bayrische Landwirtschaft bezeichnend. 95,1 % der Gesamtfläche sind Eigenland. Die reinen Pachtbetriebe betragen nur 3,0 % der Gesamtzahl aller Betriebe, und das Pachtland macht nur 4,1 % der Gesamtfläche aus. Von einer Partei, deren von allen ihren Mitgliedern anerkannte Sozialauffassung gerade auf die ökonomischen Tendenzen einen so großen Nachdruck legt, konnten so wichtige, für die gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung des ausgesprochensten deutschen Agrarstaates geradezu grundlegende Tatsachen nicht ignoriert werden. Die überlieferten agrarmarxistischen Theorien mußten berichtigt, die gegenwärtige Überlegenheit des landwirtschaftlichen Familienbetriebs und die Berechtigung des Arbeitseigentums des Bauern an seinem toten und lebenden Inventar und an seinem Grund und Boden anerkannt werden. Und sie wurden es.

Die zweite Hauptursache der raschen und gründlichen agrartheoretischen und agrarpolitischen Wandlung, die Anfang der neunziger Jahre in der bayrischen Sozialdemokratie eintrat, war die Einsicht, daß die Partei in absehbarer Zeit zu Ansehen und Einfluß im Land nicht gelangen konnte, wenn sie sich allein auf die Industriearbeiterschaft stützte. Sie mußte daher, wie es von Vollmar 1894 auf dem Münchener Landesparteitag ausdrückte, »dem bayrischen Volk die Interessengemeinschaft aller politisch und sozialwirtschaftlich Bedrängten, Unzufriedenen und Vorwärtstrebenden im Lande mit der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie offensichtlich machen«. Bei solchen Versuch stieß die Partei sofort auf die Landbevölkerung, die damals vier Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachte, und innerhalb ihrer auf ihren weitaus stärksten einheitlich interessierten Bestandteil, die kleine und mittlere Bauernschaft. Diese war natürlich nicht zu gewinnen, wenn man ihr in offensichtlichem Widerspruch zu den Tatsachen vordoziert hätte, ihre Betriebs- und Besitzform sei minderwertig und überlebt; und zwar auch dann nicht, wenn man ihr trotz der theoretischen Gewißheit ihres unvermeidlichen Untergangs praktisch die Bereitwilligkeit ausgedrückt hätte durch allerhand Schutzmaßnahmen das bittere Ende möglichst weit hinauszuschieben. Von diesem innern Widerspruch, an dem die Agrarprogrammbewegung der Mitte der neunziger Jahre krankte und zugrunde ging, fühlten sich von Vollmar und seine Mitarbeiter wohl von Anfang frei, und sie konnten daher mit gutem Gewissen Bauernschutzpolitik und Bauernagitation treiben. Auch durch das klägliche Ende der großen Agrarprogrammdebatte und den seltsamen Beschluß des Breslauer Parteitags, daß »die Landeskultur nicht im Interesse des Proletariats sondern im Interesse der Ausbeuter des Proletariats« liege, ließen sie sich nicht beirren, in der festen Überzeugung, daß die Agrarfrage, wie von Vollmar 1896 auf dem Nürnberger Landesparteitag betonte, »sowohl allgemein als vor allem für unser Land von der größten, von ausschlaggebender Bedeutung ist, was auch immer die augenblickliche Ansicht darüber sein mag«. Schon vorher, im Oktober 1895, also unmittelbar nach dem Breslauer Parteitag, hatte bei Beratung des Viehversicherungsgesetzes Genosse Scherm namens der Fraktion, die zugleich die Landesparteileitung war, erklärt:

»Die Lage der Masse der bedrängten Bauernschaft liegt uns am Herzen wie diejenige der ländlichen und städtischen Arbeiter. Wir werden alles irgendwie Zulässige tun, um ihr Los erträglicher zu machen und der größtmöglichen Zahl von Bauern den drohenden Absturz ins Proletariat zu ersparen. Wir wollen ihnen im Kampf gegen das Kapital und mit dem Fiskus tatkräftig beistehen, sie als Steuerzahler, als Schuldner, als Wald- und Weidberechtigte, als Erzeuger der zur Volksernährung nötigen Bodenprodukte vor Nachteil bewahren; denn die Sozialdemokratie ist, wie wir schon wiederholt dargetan haben, keineswegs nur eine einseitige Industrieproletarierpartei sondern eine Partei des ganzen werktätigen, nach wirtschaftlicher und politischer Befreiung ringenden Volkes.«<sup>5)</sup>

In den Jahren darauf arbeitete die Landtagsfraktion an der agrarpolitischen Gesetzgebung rüstig mit. Auf dem Würzburger Parteitag von 1898 berichtete von Vollmar hierüber:

»Wir haben in Agrarfragen die Linie des Verhaltens, die wir uns von Anfang an festgesetzt und die vom Parteitag wiederholt gebilligt worden ist, unbeirrt weiter verfolgt. Wir sind für Maßregeln zugunsten der bedrängten Masse der Kleinbauern (die ja nichts als Landarbeiter im Besitz ihrer Arbeitsmittel sind) eingetreten, soweit unsere Grundsätze uns dies nur immer erlaubten. So haben wir dafür gestimmt, daß aus Staatsmitteln ein Fonds zur bessern Entschädigung von Hagelschlägen gebildet werde; daß bei allen Viehseuchen der Schaden bis zu einer gewissen Höhe vom Staat ersetzt werde; daß die Eisenbahntarife für Saatgetreide und Saatzpflanzen herabzusetzen seien usw. Insbesondere haben wir uns auch dem Gedanken einer alle Landwirte umfassenden berufsgenossenschaftlichen Organisation gegenüber durchaus sympathisch verhalten.«

In den letzten Jahren hat die bayrische Landtagsfraktion vor allem für das Gesetz betreffend die Landeskulturrentenanstalt und für das Güterzertrümmerungsgesetz gestimmt und ist unter anderm für Urbarmachung der Moore, des Öd- und Unlands eingetreten, für Flußkorrekturen, staatlichen Ausbau der Wasserkräfte und billige Abgabe der Elektrizität auch an Landwirte, Verbesserung der Alpen- und Bergweiden, staatliche Beihilfen zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche, Bekämpfung der Viehtuberkulose und des Scheidekatarrhs, Einführung und Unterstützung des Rindviehkontrollvereinswesens in Bayern, Förderung der Flurbereinigung, Ausbau des Lokalbahnnetzes, Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Bildungs- und Genossenschaftswesens, staatliche Mobiliarversicherung, direkten Einkauf der staatlichen Verwaltungen und Anstalten bei den ländlichen Produzenten und vor allem für Ausschaltung des vertuernden Zwischenhandels in Agrarprodukten und Anhalten der Gemeinden zu einer richtig organisierten Lebensmittelversorgung. Die letztgenannte Forderung verfiel besonders das *Bayrische Wochenblatt* auf das eifrigste. Es wettet in seiner kräftigen Sprache gegen die »lästerliche Untertätigkeit« unserer »Kommunalburekraten« auf dem Gebiet der Fleischversorgung, bezeichnet die Aufforderung des Reichskanzlers an die Städte mit landwirtschaftlichen Organisationen langfristige Abmachungen über Schlachtviehlieferung zu treffen als »richtige Idee«, deren Ausführung wünschenswert sei, und empfiehlt das bekannte Vorgehen der Stadt Ulm auf diesem Gebiet als vorbildlich. Ja, es verteidigt in seiner Nummer vom 10. November 1910 die Bauern gegen den Vorstand des bayrischen Städtetags:

<sup>5)</sup> Irrtümlicherweise geben David (*Sozialismus und Landwirtschaft*, 1. Band / Berlin 1903 /, pag. 48) und Cohnstaedt (*Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie von Karl Marx bis zum Breslauer Parteitag / München 1903 /, pag. 151*) an, daß diese Erklärung erst in dem Handbuch *Die Sozialdemokratie im bayrischen Landtag 1893 bis 1899 / Nürnberg 1899 /* enthalten sei. Sie findet sich aber schon in den Landtagsverhandlungen von 1895 und in dem 1896 dem Nürnberger Parteitag erstatteten Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Landtagsfraktion auf der ersten Seite des Nürnberger Protokolls.

»Der (von diesem erhobene) Vorwurf der absichtlichen Zurückhaltung von Vieh wird die einzelnen Wirtschaften wohl viel seltener treffen als den Zwischenhändler. Ist ein Stück Vieh schlachtreif, so ist der Besitzer ein Esel, wenn er es auch nur einen Tag zurückhält. Auch hat der Viehzüchter, der sein Vieh selbst zum Markt bringt, nur Verlust, wenn er es unverkauft wieder mitnimmt oder bis zum nächsten Markt stehen läßt.«

Der Wunsch die landwirtschaftliche und besonders die klein- und mittelbäuerliche Bevölkerung für die Partei zu gewinnen oder doch zu neutralisieren ist heute ein Hauptbestimmungsgrund der agrarpolitischen Haltung der bayrischen Sozialdemokratie. Die landwirtschaftliche Bevölkerung des zweitgrößten Bundesstaats betrug 1907 noch immer 2,6 Millionen Köpfe oder 40,3 % der Gesamtbevölkerung, und ihr zahlreichster, lebenskräftigster, auf Kosten der übrigen Gruppen wachsender Bestandteil sind auch in der Gegenwart die hauptberuflich Landwirtschaft treibenden Inhaber der Betriebe in Größe von 5 bis 20 Hektar, die von 1895 bis 1907 um 10 400 Köpfe zunahm. Eine so starke und immer mehr erstarkende Volksschicht, die zudem nur minimale Arbeitgeberinteressen hat, mochte die bayrische Sozialdemokratie natürlich nicht gern in der Vorderfront der feindlichen Reihen kämpfen sehen. Sie nahm sich daher von jeher, so weit das mit dem Industriearbeiterstandpunkt vereinbar schien, auch der berechtigten Wünsche der klein- und mittelbäuerlichen Schichten an, schützte sie vor Schuldknechtschaft, vor Ausbeutung durch gewerbsmäßige Güterzertrümmerer, vor Aufsaugung durch den um sich greifenden Fideikommißbesitz und die Luxusbegüterungen städtischer Kapitalisten. Im Ablauf dieser bauernfreundlichen agrarpolitischen Landtagsarbeit bilden nun aber die in den letzten Jahren mehrfach eingebrachten Fleischsteuerungsinterpellationen unserer Fraktion eine deutlich erkennbare Zäsur. Während der letzten Jahre der Mißernten, der Viehseuchen und des dadurch hervorgerufenen Fleischmangels kam es nämlich der sozialdemokratischen Industriearbeiterschaft Bayerns mehr als früher zum Bewußtsein, daß sie durch Beschützung und Förderung der Bauern im Grunde ihre eigenen Interessen als Konsumenten schützt und fördert. Diese Erkenntnis kann als das dritte Hauptmotiv des bayrischen Agrarreformismus bezeichnet werden.

Die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1907 hat ergeben, daß der kleine und mittlere Bauer der Hauptfleisch- und Milchproduzent des Landes ist. Die mittelbäuerlichen Betriebe halten danach 48,8 % aller Schweine, 51,1 % aller Kühe, 54,3 % aller Rinder. Über die Viehdichtigkeit folgende Zahlen<sup>\*)</sup>:

Größen- klasse (in Hektar)	Auf je 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche treffen								
	Pferde	Rinder		Schafe	Schweine	Ziegen	Rind- vieh- ein- heiten	Hühner	Gänse und Enten
		insge- samt	Kühe						
unter 2	3,4	91,5	72,1	21,5	114,6	123,3	137,6	743,1	137,2
2 bis 5	3,3	104,4	69,5	9,4	56,1	10,9	125,1	340,5	66,1
5 bis 20	7,4	87,5	41,9	13,8	37,6	4,1	109,8	206,3	41,4
20 bis 100	12,0	70,5	29,7	28,7	28,9	1,6	98,6	135,0	24,1
über 100	6,6	44,7	23,4	29,3	21,0	0,3	62,7	56,9	11,2

<sup>\*)</sup> Die Tabelle ist dem amtlichen Werk *Die Landwirtschaft in Bayern nach der Betriebszählung vom 12. Juni 1907* / München 1910/, pag. 140 ff., entnommen. Die Rindvieheinheiten sind nach dem üblichen Verhältnis 1 Rind = 1/2, Pferd = 1/10 Schafe = 4 Schweine = 12 Ziegen berechnet worden.

Die mittelbäuerlichen Betriebe halten also auf gleicher Fläche ungefähr doppelt, die kleinbäuerlichen sogar fast 3 mal soviel Kühe und Schweine wie der Großbetrieb; die Parzellenbetriebe ernähren auf gleicher Fläche 5 mal soviel Schweine wie die Güter über 100 Hektar. Auch die Mehrung des Viehstands während der letzten 25 Jahre war in den 3 bäuerlichen Größenklassen weitaus am stärksten:

Zählungsjahr	Auf je 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche treffen Rindvieheinheiten in den Betrieben					
	unter 2 Hektar	2 bis 5 Hektar	5 bis 20 Hektar	20 bis 100 Hektar	über 100 Hektar	sämtlichen Größenklassen
1907	137,6	125,1	109,8	98,7	62,7	108,6
1895	132,7	115,9	96,3	85,3	50,3	95,7
1882	131,9	107,3	92,3	80,7	50,3	91,2
Zuwachs 1882 bis 1907	+ 5,7	+ 17,8	+17,5	+ 18,0	+ 12,4	+ 17,4

Solche Zahlen müssen natürlich Eindruck machen.<sup>7)</sup> Dazu kommt, daß in den bäuerlichen Wirtschaften Bayerns noch viel Schwarzbrache für den Futterpflanzenbau verfügbar ist, die Wiesen und Weiden noch verbesserungsbedürftig sind, die Klee- und Grassamenzüchtung erst in den Anfängen steckt und die einheimische Produktion offenbar viel vorteilhafter durch zollfreie Einfuhr russischer Futtergerste, rumänischen und amerikanischen Maises und mandschurischer Sojabohnen als durch Fleisch- oder gar durch den die Verseuchungsgefahr erhöhenden Viehimport ergänzt werden könnte und sollte. Die Viehhaltung, vor allem die Schweinehaltung der bayrischen Bauern kann also noch sehr gesteigert werden, während andererseits die Viehexportfähigkeit des Auslands besonders Österreich-Ungarns, sehr zurückgegangen ist. Das *Bayrische Wochenblatt* schrieb daher am 15. September 1910 mit Recht:

»Wenn zur Hebung des gegenwärtigen Notstands außerordentliche Maßnahmen unbedingt verlangt werden müssen, so muß man sich doch darüber klar sein, daß zur dauernden Beseitigung der Vieh- und Fleischnot die Öffnung der Grenzen nicht ausreicht. Darum haben wir bereits früher erklärt: das eine tun und das andere nicht lassen. Neben den Maßregeln zur augenblicklichen Abhilfe ist alles zu fördern, was die einheimische Fleischproduktion heben kann; denn auch in den Ländern, die jetzt noch Viehüberschuß haben, wächst die Bevölkerung und damit der Eigenbedarf.«

Und Genosse Gentner, ein fränkischer Kleinbauer und der Redner unserer Fraktion zum Landwirtschaftsetat, unterstrich bei dessen Beratung im Frühjahr 1912 diesen Gedanken kräftig:

»Die Sozialdemokratie stimmt den Forderungen für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion gern zu. Es ist um so notwendiger diesen Forderungen Aufmerksamkeit zuzuwenden, als die Lebensmittelversorgung sich erheblich schlechter gestaltet und die Zufuhr aus anderen Ländern bedeutend nachgelassen hat. Unter diesen Umständen müssen wir mehr und mehr dazu kommen unsern Verbrauch im eigenen Land zu produzieren, und deshalb ist die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion eine der zwingendsten Notwendigkeiten.«

<sup>7)</sup> Den Zahlen der Statistik entspricht die Tatsache, daß fast jede Zuschlagung eines Bauernguts zu einem Großgrundbesitz einen Rückgang des Viehstands zur Folge hat. Beispielsweise berichtet das *Bayrische Wochenblatt* vom 3. Oktober 1912 nach bayrischen Zentrumsblättern: »Baron von Büsing d'Orville auf Zinneberg bei Glonn hat bereits 27 bis 28 Bauernanwesen aufgekauft und füttert jetzt, sage und schreibe: ganze 10 (zehn) Stück Rindvieh mehr als der frühere Besitzer von Zinneberg ohne die 27 bis 28 Bauernanwesen . . . In der Gemeinde Glonn wurden bei der letzten Viehzählung 400 Stück Rindvieh weniger gezählt. Die Hauptursache des Rückgangs der Viehhaltung ist die Bauernlegerei des Herrn von Büsing.«



Den richtigen Weg dazu gab das *Bayrische Wochenblatt* am 1. September 1910 an:

»Die deutsche Viehproduktion ist erweiterungsfähig; ihr sind die Grenzen nicht so eng gesteckt wie der Ausdehnung des Getreidebaus. Auch der heimische Futterertrag läßt sich steigern, wie ein Blick auf die skandalöse Unkultur so mancher deutscher Bodenstrecke lehrt . . . Die Förderung und Vermehrung der deutschen Viehproduktion hat eine Vorbedingung. Wie die Statistik zeigt, sinkt der Viehreichtum der landwirtschaftlichen Betriebe mit ihrer zunehmenden Größe. Der kleine Bauer hält, auf den Acker berechnet, weit mehr Vieh als der Großgrundbesitzer. Zerschlagung des Großgrundbesitzes bedeutet ohne weiteres Vermehrung der Viehproduktion.«<sup>1)</sup>

Ganz in diesem Sinn forderten unsere Abgeordneten im bayrischen Landtag Urbarmachung der 80 000 Hektar bayrischer Moore, auf denen nach einer Berechnung des Genossen Gentner allein 5000 Bauern angesiedelt werden könnten, Neubildung kleiner und mittlerer Bauernstellen bei Gelegenheit von Güterzertrümmerungen, kurz innere Kolonisation auch in Bayern. Auf das schärfste bekämpften sie dagegen die Ausdehnung der Fideikomnisse und überhaupt den Auskauf von Bauern durch Großgrundbesitzer oder reiche Städte, wie er besonders in dem an Naturschönheiten so reichen Alpenvorland stattfindet; denn »die Bauernlegerei ist«, wie Gentner im Oktober 1912 in der Abgeordnetenkammer sagte, »um so bedenklicher, als in bezug auf die Volksernährung und Lebensmittelversorgung der Großgrundbesitz seiner Aufgabe nicht nachkommt und vom Klein- und Mittelbesitz weit, weit überragt wird.

Der letzte, aber nicht unwichtigste Bestimmungsgrund der Haltung, die die bayrische Sozialdemokratie seit Jahren in der Agrartheorie und Agrarpolitik eingenommen hat, besteht in der Notwendigkeit auf die Verhältnisse und Bestrebungen der landwirtschaftlichen Dienstboten und Tagelöhner Rücksicht zu nehmen. In Ländern mit ausgedehntem geschlossenen Großgrundbesitz und dementsprechend zahlreicher Lohnarbeiterschaft können sozialdemokratische Parteien infolge eines falschen Analogieschlusses von der Industrie auf die Landwirtschaft leicht der Versuchung erliegen eine agrarmarxistische Landarbeiterpolitik zu betreiben, wie sie den ersten für die Agrarfrage interessierten deutschen Sozialisten vorschwebte und wie sie später Genosse K. Kautsky in seiner *Agrarfrage* bis in alle Einzelheiten konstruiert und empfohlen hat. Diese Versuchung besteht allerdings nur so lange, bis die Landflucht die Reihen der grundbesitzlosen Landarbeiter dezimiert, die Aufteilung zahlreicher Großgüter erzwingt und mit der nun eröffneten Möglichkeit Land zu erwerben und in den Kleinbauernstand aufzusteigen in den Seelen der in der Heimat zurückgebliebenen Gutstage-löhner und Knechte die alte Sehnsucht nach eigenem Landbesitz entzündet. Dieser für den Agrarmarxismus kritische Zeitpunkt ist in Preußen erst in unseren Tagen eingetreten. In Bayern bestand für die sozialdemokratische Partei schon Anfang der neunziger Jahre keine Gefahr aus dem Grund einer irr tümlichen Auffassung der Landarbeiterfrage der agrarmarxistischen Theorie und Praxis treu zu bleiben; denn die landwirtschaftliche Lohnarbeiterschicht war hier schon damals an Zahl gering und im Rückgang be-

<sup>1)</sup> Unter Hinweis auf diese Stellungnahme wehrt das *Bayrische Wochenblatt* vom 18. Mai 1911 den Vorwurf der Bauernfeindlichkeit sehr wirkungsvoll ab: »Die Sozialdemokratie, die für Erleichterung der Fleischversorgung im Interesse der Konsumenten eintritt, kann also schon aus dem Grund nicht bauernfeindlich sein, weil mit der Vermehrung des kleinbäuerlichen Besitzes eine Vermehrung der Schlachtviehhaltung parallel geht.«

griffen. Dieser Rückgang hat seither infolge der Landflucht, die auch in Bayern aus einem besonders Grund sehr fühlbar wurde, angehalten. Von 1882 bis 1907 hat die Zahl der Knechte um etwa 40 000, die der Mägde um etwa 62 000, die der Tagelöhner um etwa 5000 abgenommen. Dagegen haben in diesen 25 Jahren die in der Landwirtschaft mitarbeitenden Familienangehörigen eine Mehrung um etwa 130 000 Personen erfahren. Gegenwärtig rekrutiert sich das gesamte Landwirtschaftspersonal des Landes zu ungefähr vier Fünfteln aus den Besitzerfamilien selbst. Die familienfremden Arbeitskräfte machen nur 21,5 % aus. Dieses Fünftel war aber nicht nur wegen seiner geringen und zudem zusammenschmelzenden Kopfzahl sondern auch wegen seiner psychologischen Stimmung für eine agrarmarxistische Landarbeiterpolitik und Landagitation im Sinn etwa des Genossen K. Kautsky völlig ungeeignet. Größtenteils (1907 zu 57,9 %) aus Knechten und Mägden bestehend, ging schon damals und geht noch heute ihr dringlichstes Verlangen, soweit sie auf dem Lande bleiben wollen, dahin eine Ansiedlungsgelegenheit zu finden, damit sie heiraten können. Das ist in Südbayern gar nicht so einfach; denn es fehlt hier (und das ist der schwerste Mangel seiner Agrarverfassung) sehr an kleinen Häusler- und Söldneranwesen, da infolge des nun endlich abgeschafften und durch den Unterstützungswohnsitz ersetzten bayrischen Heimatsrechts die ländlichen Gemeinden Jahrhunderte hindurch die Bildung von Kleinsiedelungen, die zu Armenlasten Anlaß geben konnten, nach Möglichkeit zu hintertreiben gesucht haben. Wegen dieses Mangels an kleinen und kleinsten Anwesen bleibt den heiratslustigen Dienstboten sehr oft kein anderer Ausweg als die Abwanderung in die Städte.<sup>9)</sup> Da die bayrischen Industriearbeiter sowohl als Konsumenten wie, wegen der ungünstigen Beeinflussung ihres Arbeitsmarkts, als Produzenten bestrebt sein mußten dieses Hauptmotiv der Landflucht abzuschwächen, stimmte unsere Fraktion schon in der Landtagssession 1907-1908 einer gesetzgeberischen Maßregel zu, die Ansiedlungsgelegenheiten für landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten zu schaffen bezweckte. Danach werden auf Grund der Artikel 13a und 136 des in der Abgeordnetenkammer einstimmig angenommenen Gesetzes betreffend die Landeskulturrentenanstalt vom 24. März 1908 aus Staatsmitteln langfristige und niedrig verzinsliche Darlehen an Gemeinden zum Zweck der Ansiedlung landwirtschaftlicher Arbeiter gewährt. Die Darlehen sollen, wenn die Gemeinden die Selbsthaftmachung selbst durchführen, sämtliche Kosten des Grunderwerbs und der Bauausführung decken. Falls gemeinnützige Vereinigungen oder einzelne Landwirte die Ansiedlungsunternehmer sind, dürfen die Darlehen der Landeskulturrentenanstalt nur 90 % der Kosten erreichen. Das Fehlerhafte dieser Gesetzesbestimmung liegt darin, daß die ländlichen Gemeindeorgane nicht bereit, meist auch nicht fähig sind die

<sup>9)</sup> Bezeichnend für die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Dienstboten Südbayerns ist eine im *Bayrischen Wochenblatt* vom 17. November 1910 wiedergegebene Zuschrift, die unser Augsburgener Parteiorgan, die *Schwäbische Volkzeitung* aus Schwaben erhalten hat. Sie schließt: »Auch die Dienstboten haben den Drang in sich selbständig und freier zu werden. Als Dienstbote zu heiraten ist nur selten möglich. Hier könnten die Gemeinden und Raiffeisenvereine segensreich wirken, wenn sie Wohnhäuser für die Dienstboten bauen würden und diese heiraten ließen. Natürlich müßte man ihnen die Möglichkeit geben das Wohnhaus als Eigentum zu erwerben, um unabhängig zu sein. Diese Leute würden sich dann ihrer eigenen Scholle erfreuen, und dem Land würden die Arbeitskräfte bleiben; der Jammer der Leutenot wäre vorbei ... Die Landarbeiter würden dann aufhören das Proletariat der Großstädte zu vermehren.« Über die Landarbeitsverfassung Südbayerns siehe genauer meinen Artikel *Die landwirtschaftlichen Arbeiter in den Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 3. Band, pag. 1590 ff.

schwierigen Ansiedlungsgeschäfte sachgemäß zu erledigen, und daß sie sich scheuen die erforderliche Garantie für das Staatsdarlehen zu übernehmen. Diesen Hauptgrund für die bisherige Erfolglosigkeit der gutgemeinten Gesetzesbestimmung erkannte die sozialdemokratische Fraktion und brachte deshalb in der Landtagssession 1912 einen Initiativantrag auf »Gewährung von Darlehen aus der Landeskulturrentenanstalt auch unter Ausschaltung der Haftung der Gemeinden an gemeinnützige Bauvereinigungen oder Korporationen zur Ansiedlung landwirtschaftlicher Arbeiter« ein. Dieser Antrag ist gewiß zweckmäßig und den ländlichen und mittelbar auch den städtischen Arbeitern nützlich, verrät aber, da er die Schaffung neuer landwirtschaftlicher Kleinbetriebe (die Arbeiterstellen dürfen außer dem Haus- und Nutzgarten bis zu 2 Hektar Acker- und Wiesland umfassen) anregen und erleichtern will, die völlige Abkehr von den alten agrarmarxistischen Lehren und Idealen.<sup>10)</sup>



WIT, sehr weit hat sich die bayrische Sozialdemokratie von der Agrartheorie und -politik der Marx, Engels, des Bebel der Streitschrift *Unsere Ziele* und des Liebknecht der *Grund- und Bodenfrage* entfernt. Dagegen steht die Mehrheit der preußischen Sozialdemokratie diesen Repräsentanten des Anfangsstadiums industriesozialistischer Beschäftigung mit Landwirtschaftsfragen noch erheblich näher als den sozialdemokratischen Agrarreformisten in Bayern, den Genossen von Vollmar, Erhard Auer, Gentner, Geisler und anderen. Aber auch die preußische Sozialdemokratie wird in ihrer Stellungnahme zu den agrarischen Problemen den gleichen Umbildungsprozeß durchmachen müssen, dem die Landespartei mit der längsten agrarpolitischen Parlamentspraxis und Landagitationserfahrung schon früher unterworfen war. Denn auch in der preußischen Partei drängen sich seit einigen Jahren, und zwar noch nachdrücklicher, die selben 4 Hauptmotive der Abkehr vom agrarmarxistischen Doktrinarismus und Utopismus auf, deren Wirksamkeit im Entwicklungsgang der bayrischen Sozialdemokratie ich oben im einzelnen aufgewiesen habe.

Auch in Preußen zeigen die Klein- und Mittelbauern schon seit Jahrzehnten nicht die geringste Neigung vor dem Großbetrieb und Großgrundbesitz zu zerstreuen. Im Gegenteil, sie gewinnen im preußischen Osten sogar in viel rascherem Tempo als in Bayern Boden, weil sie in den ostelbischen Provinzen mit ihrem durch Landflucht und Leutenot erschütterten Großgrundbesitz einen noch weit größeren Ausbreitungsspielraum haben. Diesen ganz unleugbaren Entwicklungstendenzen wird auch die preußische Partei ihre Theorie und Praxis anpassen müssen. Die ostdeutsche Kolonisationsbewegung reißt aber auch die Landarbeiter in den Wettbewerb um den zur Aufteilung gebrachten Großgüterboden hinein. Das Verlangen nach eigenem Grundbesitz, das bis vor kurzem in der Seele der Landarbeiter des preußischen Ostens schlummerte, weil es bei der Geschlossenheit des Großgrundbesitzes keine Möglichkeit hatte zu seinem Ziel zu kommen, er-

<sup>10)</sup> Eine etwas abweichende Auffassung über bayrische Landwirtschaftsverhältnisse entwickelt Genosse Schmidt in seinem in Note 4 zitierten Artikel. Ich gedenke mich mit ihm über einige wichtigere Meinungsverschiedenheiten in einem Aufsatz auseinanderzusetzen, in dem ich im Anschluß an eine vor kurzem veröffentlichte Schrift des Genossen Geisler das wichtigste Agrarproblem Bayerns, die Güterzertrümmerung, behandeln will.

wacht in den Gegenden, wo Güter aufgeteilt werden, zusehends und ergreift von hier aus die Landarbeiterschichten in weitem Umkreis, bevor noch das ihnen von außen, durch die Agitation einiger Parteigenossen, nahe gebrachte agrarmarxistische Ideal irgendwo Wurzel fassen konnte. Mit diesen seelischen Wandlungen der Volksschicht, an deren Adresse sie sich richtet, wird auch die Landarbeiterpolitik und -agitation der preußischen Sozialdemokratie sich wandeln und, wie es schon seit langem die bayrische getan hat, dazu übergehen müssen den Landarbeitern die Verwirklichung ihrer Landerwerbswünsche durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen zu erleichtern. Denn auch die preußische Sozialdemokratie (und das ist die dritte Triebkraft ihrer notwendigen Neuorientierung in Agrarfragen) kann nicht, und zwar wegen ihres *Wahlrechtskampfs* noch weniger als die bayrische, darauf verzichten die beiden stärksten Gruppen der Landbevölkerung, die kleineren Bauern und die Landarbeiter mit Kleinbaueridealen politisch zu gewinnen oder doch wenigstens sich ihr günstig zu stimmen. Das wird sie aber nur erreichen können, wenn sie durch Unterstützung der innern Kolonisation die Ausbreitung des Klein- und Mittelgrundbesitzes besonders in der Großgüterhälfte Preußens fördern hilft. Dagegen muß noch längeres Festhalten an der altmarxistischen Agrartheorie und Agrarpolitik die unteren und mittleren Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung einer der Industriearbeiterklasse günstigen Ausdehnung des preußischen Wahlrechts feindlich stimmen.

Den kräftigsten Anstoß zu einer gründlichen Umbildung des Denkens, Fühlens und Handelns in agrarischen Fragen gibt aber der preußischen Sozialdemokratie die *Fleischeuerung*, die in den letzten Jahren mehrfach sehr fühlbar wurde. Ohne Zweifel hat das *Bayrische Wochenblatt* vom 13. Juli 1911 nach den bei der ostdeutschen Güteraufteilung gemachten Erfahrungen völlig recht, wenn es behauptet, durch die Umwandlung von Großgrundbesitz in kleinere Bauernstellen ließe sich die Viehproduktion in Ostelbien ganz gewaltig steigern. Selbst der Generalsekretär des deutschen Landwirtschaftsrats, Professor Dr. Dade, gibt das, obwohl er in Konsequenz seiner aristokratischen Staatsauffassung für möglichste Erhaltung des Großgrundbesitzes eintritt, in seiner vor einigen Wochen veröffentlichten Neubearbeitung des Roscherschen Lehrbuchs der Agrarpolitik unumwunden zu: »Hinsichtlich der Vermehrung des Viehbestandes in den 3 Hauptgebieten [Ostelbien, Westelbien, Süddeutschland] hat der bäuerliche Betrieb in Westelbien absolut die stärkste Vermehrung erfahren. . . . Wenn man erwägt, daß . . . auf je 100 Hektar des ostelbischen Bauernlandes 15 Stück Rindvieh weniger entfielen als in Westelbien und sogar 28 Stück weniger als in Süddeutschland, und wenn man weiter berücksichtigt, daß auf je 100 Hektar der landwirtschaftlichen Fläche des ostelbischen Großgrundbesitzes 20 Stück Rindvieh weniger als auf dem ostelbischen Bauernland gehalten werden, so wird man sagen können, daß künftig für die Deckung des Fleischbedarfs in Deutschland mit in erster Linie Ostelbien, und zwar besonders der bäuerliche Besitz daselbst in Betracht kommt.«<sup>11)</sup>

Die Notwendigkeit die inländische Fleischproduktion zu steigern wird die preußische Sozialdemokratie zwingen den selben Kurs der Bauernerhaltung und Bauernvermehrung einzuschlagen, den die bayrische Sozialdemokratie schon seit 2 Jahrzehnten verfolgt, und zwar seit dem wiederholten Eintreten von Fleischeuerungsperioden mit größerer Klarheit und Konsequenz.

<sup>11)</sup> Siehe Roscher-Dade *Nationalökonomik des Ackerbaus und der verwandten Urproduktionen*, 14. Auflage / Stuttgart 1912/, pag. 874.

Der wuchtigen Überzeugungskraft all dieser Tatsachen und Argumente wird sich auch die preußische Sozialdemokratie nicht mehr lange entziehen können. Wie starke Sympathieen ihre Führer auch immer dem Großbetrieb als solchem und überhaupt der ins Große gehenden Entwicklung entgegenbringen (ich selbst teile diese Sympathieen völlig), und wie immer sie über die Möglichkeiten der Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion im Rahmen der sozialistischen Zukunftsgesellschaft denken mögen, so werden sie doch im Gegenwartsstaat die Tatsachen und Tendenzen der preußischen Landwirtschaft so nehmen müssen wie sie sind und danach zu trachten haben ihre Betriebs- und Besitzverhältnisse so fortzubilden wie es das Interesse der arbeitenden Klassen in Stadt und Land und des gesamten Volks erfordert. Von diesem dem praktischen Politiker allein angemessenen Standpunkt werden sie nicht daran zweifeln können, daß sie gegenwärtig für Neuschaffung von Klein- und Mittelbetrieben, für Förderung der Bauern- und Arbeiteransiedlung einzutreten haben. Glücklicherweise mehren sich in der letzten Zeit auch in der preußischen Sozialdemokratie die Anzeichen der beginnenden Wandlung, unter denen ein auf reicher persönlicher Erfahrung und gründlichen Studien beruhender Aufsatz des Mitgliedes des deutschen Parteivorstands Genossen Otto Braun zugunsten der Selbstmachung der Landarbeiter besonders erfreulich ist.<sup>12)</sup> Es wäre zu wünschen, daß unsere preußische Landtagsfraktion den von ihr zuletzt am 12. Januar 1912 begangenen Fehler sich gegen die Förderung der innern Kolonisation durch staatliche Mittel auszusprechen bei der Beratung und Abstimmung über die neue Siedelungsvorlage der preußischen Regierung nicht wiederholt.

XX  
**EDMUND FISCHER · STAAT UND SOZIALDE-  
 MOKRATIE**



**D**HNE Zweifel wird die Taktik der Sozialdemokratie heute wesentlich durch ihre Stellung zum Staat beeinflusst. Aber über den Begriff *Staat* herrschen die verschiedenartigsten und zum Teil unklarsten Vorstellungen (daraus sind die meisten neueren Konflikte entstanden). Sogar im Lager der unentwegten *Marxisten* ist ein heftiger Streit über die Stellung der Sozialdemokratie zum Staat entstanden. K. Kautsky mußte sich von seinen Freunden belehren lassen, daß der revolutionäre, marxistische Sozialismus mit der Staatsgewalt aufräumen, die Staatsgewalt zerstören müsse, worüber er so entsetzt war, daß er schrieb: »Ich traute meinen Augen nicht, als ich das las. Zerstörung der Staatsgewalt, das war bisher das Ziel der Anarchisten, das sie unserm Ziel der Eroberung der Staatsgewalt entgegensetzten.«<sup>1)</sup>

Bei näherer Betrachtung dieser recht heitern Auseinandersetzung mußte man den Eindruck gewinnen, daß jeder der Streitenden etwas anderes unter dem *Staat* versteht als sein Gegner. Wie naiv die Vorstellung vom Staat aber sein muß, zeigt sich an der einen Tatsache, daß Pannekoek sich allen Ernstes darüber klar ist, es sei für das Proletariat ein »leichtes innerhalb 2 mal 24 Stun-

<sup>12)</sup> Siehe Braun *Landflucht, Selbstmachung der Landarbeiter und Sozialdemokratie in der Neuen Zeit*, 1912-1913, 1. Band, pag. 494 ff.  
<sup>1)</sup> Siehe Kautsky *Der jüngste Radikalismus in der Neuen Zeit*, 1912-1913, 1. Band, pag. 440.